AKTUELLES AUS AUGSBURG, KÖNIGSBRUNN UND BERLIN

NEWSLETTER | JULI 2022

WIR BRAUCHEN EIN GESAMTKONZEPT UND WIR BRAUCHEN ES SCHNELL, UM DIE INFLATION ZUMINDEST ABZUMILDERN

Der Angriffskrieg Russland auf die Ukraine bestimmt nach wie vor die Schlagzeilen und die Gemüter.

Ein Thema, das hierzulande die Menschen bewegt, ist die anhaltend hohe Inflation. Bereits Monate hintereinander haben wir eine Inflationsraten von über sieben Prozent. Und diese 7 Prozent muss man sich ganz genau ansehen. Der Warenkorb ist nämlich unterschiedlich mit den Preissteigerungen belastet. Vor allen Dingen die Kosten für Energie auf der einen Seite, aber auch für Lebensmittelpreise auf der anderen Seite, sind besonders gestiegen. Und das bedeutet gerade für Familien mit kleinen und mittlerem Einkommen eine besonders hohe Belastung, weil sie einen größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben muss und weil die Fahrt zur Arbeit, der volle Tank, der notwendig ist, eine besonders hohe finanzielle Belastung darstellt und darauf muss die Politik reagieren.

Sie kann sicherlich nicht die kompletten Folgen der Inflation abmildern, das kann keine Politik, weil es auch andere Phänomene gibt, die sich unseres Zugriffs entziehen. Aber die Politik muss die Folgen so gut es geht abmildern. Und da agiert die Ampelregierung leider etwas zu kurz. Zum einen, ja, direkte Zahlungen für Transfergeldempfänger und die 300 Euro Energiepauschale sind ein Anfang. Ja, aber Studierende oder Rentner bleiben außen vor, übrigens auch Kleigewerbetreibende.

Die Menschen fragen sich auch, ob die neun Euro für den öffentlichen Personennahverkehr von 3 Monaten wirklich dauerhaft sind, nachhaltig sind oder eher ein Marketing-Gag. Vieles spricht dafür, dass es eher für Marketing geschaffen wurde. Es kommt darauf an, dass die Mobilitätskosten für die Menschen langfristig geringer werden, dass die Anbindungsqualität steigt. Darüber müssen wir sprechen.

Und es gibt auch viele Regionen in Deutschland, wo die Menschen wenig vom öffentlichen Personennahverkehr haben, weil er noch nicht ausgebaut genug ist. Und da sind nicht wenige auf das Auto angewiesen. Deswegen müssen wir gerade auch für Pendler die Kosten weiter reduzieren. *(Fortsetzung auf S. 2)*

ENERGIEPOLITIK - WIE GEHT ES WEITER?

Es ist Aufgabe der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass es im Winter nicht zu Gasengpässen kommt: durch den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke und durch die Realisierung weiterer Gaslieferungen.

Nur Knappheit gerecht verteilen zu wollen, ist jenseits verantwortlichen Handelns.

Richtig bleibt: Die Errichtung neuer Kernkraftwerke ist teuerer als der Ausbau erneuerbarer Energien.

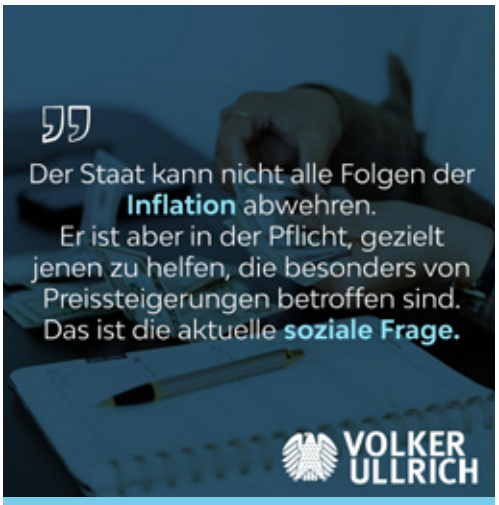
Der temporäre Weiterbetrieb von bestehenden Kernkraftwerken indes ist günstig, kann Gas bei der Stromerzeugung ersetzen und ist CO_2-neutral.

Der Weiterbetrieb ist jetzt eine reine Frage der Vernunft.

Mehr zum Thema auf Seite 3.

Und es muss auch was im Steuerrecht passieren. Wenn die Inflation letztlich zu höheren Löhnen führt, was angemessen ist, dann kann es nicht sein, dass dann die Menschen in die nächste höhere Tarifgruppe im Steuerrecht fallen, und damit effektiv mehr Steuern bezahlen müssen, sodass letztlich durch die kalte Progression eine effektive Mehrbesteuerung entsteht.

Das darf nicht sein. Deswegen muss auch das Thema kalte Progression angegangen werden. Wie gesagt, es ist mehr zu tun, als was die Ampel vorschlägt, wir brauchen ein Gesamtkonzept und wir brauchen es schnell, um die folgende Inflation zumindest abzumildern.



DIE BOTSCHAFT DES CSD BEDEUTET RESPEKT, TOLERANZ UND AKZEPTANZ

Mit der CSU-Augsburg gern zu Gast beim CSD-Augsburg. Ein schönes und buntes Fest am Königsplatz. Toleranz ist keine Einbahnstraße. Es gibt eben unterschiedliche Einstellungen und Haltungen. Das gilt es zu akzeptieren.

Wir hatten viele gute Gespräche heute. Einige wenige meinten, sich mit beleidigenden Transparenten gegen die CSU zu wenden. Das halten wir aus. Aber das ist nicht der Spirit des CSD, der eigentlich von Toleranz geprägt sein sollte.

Was mir wichtig ist: Wir leben in einer offenen, toleranten und freien Gesellschaft. In einigen Teilen der Welt hingegen werden Menschen verfolgt, weil sie homosexuell sind. Zum Beispiel im Iran, in Saudi-Arabien oder in Katar. Das darf nicht vergessen werden.

Weltweit sehen wir hohen und noch steigenden Inflationsraten entgegen - das ist kein rein deutsches Problem. Dennoch: Es entbindet die Bundesregierung nicht von der Verantwortung, jetzt effektiv gegenzusteuern.

Viele Menschen mit kleinen oder auch mittleren Einkommen sind jetzt schon horrenden Preissteigerungen ausgesetzt. Die Bundesregierung muss jetzt handeln und diese Menschen entlasten.

Das 9-Euro-Ticket darf kein Strohfeuer bleiben. Der ÖPNV muss dauerhaft günstiger werden.
Im September ist es nicht vorstellbar, zu den alten Preisen zurückzukehren. Wir brauchen eine dauerhafte Vergünstigung. Eine einfache Strassenbahnfahrt von Augsburg nach Königsbrunn zum Beispiel darf keine 4,80 € kosten!

ENERGIEPOLITIK IST AUCH EINE SOZIALE FRAGE

Der Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose. Wir merken alle, dass Energie teurer wird und der russische Angriffskrieg in der Ukraine macht die Situation nur umso dramatischer.

Für mich ist klar: Die Ziele der Ampel im Bereich erneuerbare Energien ist mehr als ambitioniert. Es darf dennoch keine ideologischen Grenzen geben, was den kurzfristigen Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke angeht.

Ausbaupfad erneuerbarer Energie ist im Augenblick zentrales Thema im Deutschen Bundestag.

Die Ampelregierung hat einen weiteren Plan vorgelegt, erneuerbare Energien auszubauen und man muss da schon genau hinsehen, was dort beschlossen wird.

Klar ist, wir brauchen mehr erneuerbare Energien, um klimaneutral Strom produzieren zu können. Aber das ganze muss natürlich auch leistbar sein.
Wenn man die Strommenge, die in 20 Jahren benötigt wird, erneuerbar produziert wird, dann brauchen wir etwa eine Vervierfachung oder Verfünffachung der erneuerbaren Energien bis dahin.
Das heißt, alle Windräder und alle Photovoltaik-Anlagen, die bis dato gebaut worden sind, muss man schlichtweg mit dem Faktor 4 produzieren.

Das stellt natürlich Folgefragen. Worher kommen die Materialien, haben wir die Netze dafür und wer soll diese Anlagen denn alle bauen und warten - gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels.
Ich glaube, das ist noch ein Thema, wo man ganz genau hinsehen muss.
Und weil es uns auch als Opposition gelungen ist, einen Antrag so durch zu bekommen, dass wir Rücksicht nehmen übrigens auf die kleinen Betreiber von Wasserkraftwerken.

Die Frage geht auch auf die aktuelle Situation. Gas- und Strompreise sind explodiert und nicht wenige Menschen fragen sich, wie sollen sie das bezahlen.

Es wird von Energieeinsparungen gesprochen und da bleibt es umso unverständlicher, in einer Situation, in der jede Kilowattstunde notwendig ist und zählt, dass die Ampel die Kernkraftwerke bis zum Ende des Jahres abschalten will. Die existieren ja schon. Ich muss keine neuen Kernkraftwerke bauen, aber ich kann sie doch einige Monate oder ein Jahr länger laufen lassen und das muss ich jetzt angehen, damit es die Menschen warm haben und damit die Menschen Strom beziehen.

Alle drei Kernkraftwerke zusammen können etwa den nötigen Strom für 10 Millionen Haushalte produzieren. Lasst uns doch nicht töricht dabei sein, die Kernkraftwerke Ende des Jahres abschalten...die Grünen wollen das so. Es ist eine Frage von Ideologie und nicht von Vernunft.

Aber wir müssen jenseits dieser Frage auch darüber sprechen, wie sich Verbraucher die hohen Gas- und Strompreise noch leisten können.

Und ich meine, wenn sie durch die Decke schießen, darf keine Situation eintreten, wo die Wohnung kalt bleibt. Deswegen brauchen wir einen Gasdeckel bei den Preisen und wir brauchen einen Mechanismus, dass den Menschen nicht Gas oder Strom abgestellt wird.

Wir haben jetzt eine Krisensituation, ja, es ist aber Aufgabe der Politik, langfristig dafür zu sorgen, dass wir Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie haben.

Das ist auch eine soziale Frage.

DIE ERHÖHUNG DES MINDESTLOHN AUF 12 EURO IST RICHTIG

Der Deutsche Bundestag hat einen Mindestlohn von 12 Euro beschlossen, der ab 01. Oktober 2022 gelten soll. Ich finde im Ergebnis ist dieser Beschluss richtig.

Gerade in den letzten Jahren sind die Einkommen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen weniger stark gestiegen, als es eigentlich gesamtwirtschaftlich notwendig gewesen wäre. Diese Kritik geht vor allem an die Mindestlohnkommission. Die Idee, das die Mindestlohnkommission eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung vornimmt. Also sich um die Frage kümmert, wie stark müssen die Löhne steigen, auch um beispielsweise die Binnenkaufkraft zu erhöhen.

Aber das Gegenteil ist passiert. Im Wesentlichen hat die Mindestlohnkommission lediglich die Tariferhöhungen nachvollzogen. Und man muss sehen, dass gerade in den unteren Lohngruppen die Tarifbindung in den letzten Jahren immer stärker abgenommen hat. Die Lohndurchsetzungsmacht der Arbeitnehmer war nicht hoch. Und das hat dazu geführt, dass der Mindestlohn in den letzten Jahren kaum gestiegen ist. Ich meine aber, wer arbeitet und vor allen Dingen auch wer Vollzeit arbeitet, dann muss es zum Leben reichen.

Und gerade angesichts steigender Mieten, steigender Lebenshaltungskosten muss auch etwas übrig bleiben.

Eigentlich sind die 12 Euro noch zu wenig und deswegen war es richtig, dass der Bundestag heute ein klares Signal gesetzt hat, 12 Euro Mindestlohn, das ist die richtige Höhe.

Aber wir müssen uns auch davor hüten, dass in Zukunft die Politik alleine die Löhne setzt. Das muss heute eine Ausnahme gewesen sein. Zukünftig ist die Mindestlohnkommission aufgerufen, eine solche gesamtwirtschaftliche Betrachtung vorzunehmen und wir müssen die Tarifbindung erhöhen, damit wieder mehr Menschen in den Genuss eines Tarifvertrags kommen, übrigens auch durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Da ist noch auch viel Spielraum bei der Ampel.

Für heute freuen wir uns, dass die 12 Euro festgesetzt werden konnten, weil Arbeit hat auch was zu tun mit Würde und Wertschätzung, und diese Idee der Arbeit und der richtigen Entlohnung hat sich heute auch ein stückweit in diesem Beschluss zu 12 Euro Mindestlohn wiedergefunden.

Das Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" soll zum Ende des Jahres auslaufen.

Gestern wurden auch in unserer Region Sprach-Kitas im Rahmen des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" noch gefördert, heute hat die Ampel keinen Cent mehr übrig für das erfolgreiche Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist". Dieses Finanzierungs-Aus kommt zur Unzeit. Untersuchungen belegen, dass die soziale Schere immer weiter auseinander geht und Grundschüler auch pandemiebedingt immer größere Schwierigkeiten in Deutsch haben. Statt in Qualität zu investieren und die Rückschritte in der Sprachentwicklung von Kitakindern in Fortschritte zu verwandeln, setzt die Bundesregierung an der falschen Stelle den Rotstift an und lässt die Kitas im Stich. Das Geld für dringend benötigte zusätzliche Sprachförderkräfte fehlt jetzt. **Es ist inakzeptabel, wie leichtfertig die Ampel Zukunftschancen von kleinen Kindern verspielt, vor allem von jenen, die es nicht so leicht haben. Das ist unsozial.**

Sprach-Kitas öffnen das Tor zur Welt. Deshalb fordere ich die Ampel auf, dieses erfolgreiche Bundesprogramm über das Jahr 2022 hinaus weiter zu führen. Die Länder dürfen mit der Finanzierung nicht im Stich gelassen werden.

VOLKER ULLRICH IM PARLAMENT - FLUGGASTRECHTE

Schon jetzt Chaos an Flughäfen in ganz Deutschland und die Aussichten für die Sommerferien sind nicht besser.

Mein dringender Appel: Die Ampel muss auf vollen Verbraucherschutz vor dem Abflug setzen, denn für tausende Flugreisende bedeutet die Ankündigung von hunderten gestrichener Flüge allein im Juli am Frankfurter und Münchner Flughafen ein riesiges Problem.

Für viele Reisende und Familien heißt das ganz konkret, dass der Sommerurlaub ins Wasser fallen könnte.
Für einen besseren Schutz von Flugreisenden muss Bundesverkehrsminister Volker Wissing deutlich mehr Initiative ergreifen. Sein Aufruf zur Rekrutierung von mehr Mitarbeitern in der Luftverkehrsbranche kommt viel zu spät. Das Problem von Personalengpässen bei den Airlines ist schließlich nicht erst seit gestern bekannt.

Die Ampel muss entschlossen den Verbraucherschutz stärken und vor der Hauptreisezeit die Fluggastrechte stärker in den Blick nehmen: Der Wille der Bundesregierung muss da sein, damit Fluggastrechte auf europäischer Ebene dann auch verordnet werden können. Die Airlines müssen ihre Pflichten erfüllen und zeitnah schnelle unbürokratische Umbuchungen auf andere Flüge oder kostenlose Bahnfahrten zu anderen Flughäfen garantieren können.
Verbraucher brauchen die Garantie der Airlines auf automatische Umbuchung oder Rückerstattung bei Flugausfällen.

FLUGGASTRECHTE
AUSZUG AUS DER REDE VON VOLKER ULLRICH IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Das Problem liegt im Augenblick darin, dass die Durchsetzung der Fluggastrechte nicht ordnungsgemäß erfüllt wird.

Woran liegt das? Das liegt daran, dass die Entschädigungs- und Erstattungsansprüche der Fluggäste nicht in dem Maße von den Airlines bearbeitet werden, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Es gibt Hunderte, ja Tausende Beschwerden von Verbrauchern, die Verzögerungen feststellen oder sich in langwierige Verhandlungen mit den Fluggesellschaften begeben müssen. Das ist weder fair noch in Ordnung.

Warum nicht? Die Fluggäste geben beim Kauf eines Tickets den Fluggesellschaften quasi einen Kredit, indem sie das Geld vorstrecken, wobei die Kontonummern und alles andere bekannt sind.
Dann kann doch erwartet werden, dass, wenn der Flug ausfällt, in einfach gelagerten Fällen das Geld am nächsten Tag automatisch überwiesen wird, so wie auch das Geld vor dem gebuchten Flug auf das Konto der Fluggesellschaft einging.
Das muss im Jahr 2022 möglich sein.

Das fordern wir als CDU/CSU ein.

VOLKER ULLRICH ALS REDNER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BUNDESWEHREINSATZ IM KOSOVO

AUSZUG AUS DER REDE VON VOLKER ULLRICH

Vor 23 Jahren hat der Deutsche Bundestag zum ersten Mal das KFOR-Mandat für die Präsenz der Bundeswehr in der Republik Kosovo erteilt. Es ist damit nicht nur der längste Bundeswehreinsatz, sondern auch jener, der mit am erfolgreichsten ist: er hat dazu beigetragen, in schwierigen Zeiten und bei multiethischen Problemen zu Sicherheit und Stabilität beizutragen.

Und auch wir haben ein hohes Interesse an echter Sicherheit und Stabilität auf dem Westbalkan: Die Mission schützt nicht nur die Entwicklung des Kosovo zu einer friedlichen und stabilen Nation, sondern sie ermöglicht auch die Rechtsstaatsmission der Europäischen Union EULEX, um sicherzustellen, dass dieses Land durch einen Aufbau im Bereich Polizei und Justiz weiter an Stabilität gewinnt. Diese Stabilität ist wichtig, weil diese Region auch durch Versuche der Destabilisierung gekennzeichnet ist. Es sind nicht nur russische, sondern auch chinesische Einflüsse, die dafür sorgen, dass die Situation auf dem Westbalkan insgesamt fragil ist.

Die Geschichte lehrt uns, dass Europa auf diese Region stets ein besonderes Augenmerk haben muss, weil diese Region bereits vor über 100 Jahren mitauslösend für eine große europäische Tragödie war. Das darf sich nicht wiederholen. Dazu brauchen wir die entsprechenden Institutionen, und die Perspektive eines Beitritts des gesamten Westbalkans zur Europäischen Union muss eine valide Perspektive sein. Die Regionen und die Menschen müssen sich auf Europa verlassen können.

BUNDESWEHREINSATZ IN LIBANON

AUSZUG AUS DER REDE VON VOLKER ULLRICH

Die Bundesregierung hat beantragt, dass der Bundestag dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der Operation UNIFIL im Libanon zustimmt und das Mandat mit der Mandatsobergrenze von 300 Soldatinnen und Soldaten bis zum 30. Juli 2023 verlängert.
Die Unionsfraktion hat diesem Antrag zugestimmt.

Dieser Einsatz ist wichtig und ist ein Kern unserer Politik im Nahen Osten, um Stabilität und Sicherheit für die Region zu gewährleisten.

Worum geht es? Es geht darum, dass in den 70er-Jahren ein grausamer Bürgerkrieg im Libanon herrschte und dass die erste UNIFIL-Mission 1978 dazu diente, die Folgen dieses Bürgerkriegs zu beheben.
Der Libanon-Krieg im Jahr 2006 hat es notwendig gemacht, dass die Demarkationslinie überwacht wird und dass vor allen Dingen auch der Süden Libanons so kontrolliert wird, dass Waffenschmuggler, aber auch die Hisbollah keine Chance haben, hier ihren Untaten nachzugehen.

IMRPESSUM
Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24, 86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
volker.ullrich.wk@bundestag.de
www.volker-ullrich.de

INTERPARLAMENTARISCHE UNION IN LONDON

Grüße aus London

Mit einer Delegation der Interparlamentarischen Union (IPU) und den Kolleginnen und Kollegen Ralph Brinkhaus, Beate Aydanoezoguz und Christoph Hoffmann zum Austausch in London. Immer noch ein komischer Gedanke, dass man hier nicht mehr in der EU ist.

ARBEITSGRUPPE ARBEIT & SOZIALES

Mehr Weitsicht in sozialen Fragen

Mit den Kolleginnen und Kollegen sowie unserem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz in der Arbeitsgruppe Arbeit & Soziales.

Für uns ist ganz klar: die Arbeit der Ampel lässt auch im Sozialen oft Weitsicht vermissen.

Union heißt Volkspartei und unser Anspruch ist es, alle Menschen im Blick zu haben. Gerade jetzt, wo es durch die steigende Inflation für viele Menschen finanziell schwerer wird, umso mehr!

GEMEINSAME SITZUNG VON CDA UND CSA

Bundes- und Landesvorstand der CDA und CSA in Wiesbaden

Gemeinsame Sitzung der Vorstände von CDA und CSA mit Friedrich Merz in Wiesbaden. Nicht nur ein wichtiges Signal für die enge Zusammenarbeit unserer Verbände, sondern auch eine gute und zukunftsweisende Diskussion um Wirtschaft- und Sozialpolitik.

MIT DEM BUNDESTAG IN DIE USA!

Happy 4th of July!

Amelie Tschauner und Friedrich Stenschke fliegen von Augsburg für ein Jahr in die USA - Amelie im Schülerprogramm und Friedrich bei den Azubis.

Der Deutsche Bundestag und der Kongress der USA fördern mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm den deutsch-amerikanischen Jugend-austausch.

Freue mich sehr für euch zwei und wünsche euch ein super Jahr mit vielen Eindrücken.

INTERNATIONALES PARLAMENTS-STIPENDIUM

Good luck, Nikas!

Niklas kommt aus Neuseeland. Monate hat er mich und mein Team im Abgeordnetenbüro in Berlin unterstützt.

Im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) vergibt der Deutsche Bundestag in Kooperation mit der Freien Universität Berlin , der Humboldt-Universität zu Berlin sowie der Technischen Universität Berlin **jährlich bis zu 120 Stipendien für junge Hoschulabsolventen/--innen aus 50 Nationen:** über Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Frankreich, Israel, Nordamerika, Südamerika, Zentralasien, den arabischen Raum, Südostasien oder eben wie in Niklas' Fall Neuseeland.

Es war toll dich kennengelernt zu haben, lieber Niklas!
Danke für deine Unterstützung!

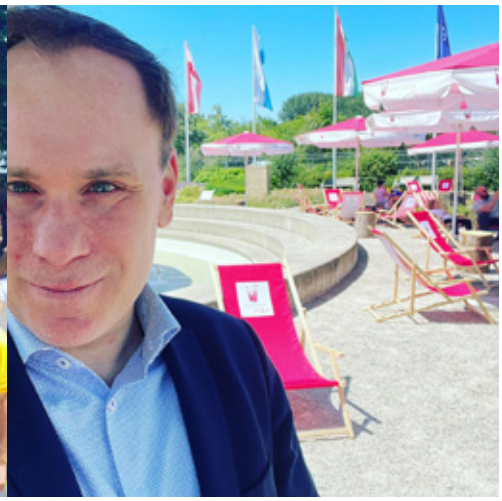
BERLIN-BESUCH AUS AUGSBURG

Erste Besuchergruppe im Parlament nach der Pandemie

In der ersten Juliwoche durfte ich meine erste BPA Gruppe 2022 und vor allem die erste Gruppe seit 2020 in Berlin begrüßen.

Die Diskussion hat super Spaß gemacht und ich hoffe,
Sie und Ihr hattet eine großartige Woche in der Hauptstadt.

UNTERWEGS IN AUGSBURG UND KÖNIGSBRUNN



UKRAINE ALS EU-BEITRITTSKANDIDAT

ZUKUNFTSPREIS DER STADT AUGSBURG

Foto: Michael Hochgemuth/Stadt Augsburg

Ein schöner Sonntag im Wahlkreis. Auf der **Gautsch in Königsbrunn** und auf dem **Sommerfest der Kroatischen Gemeinde** in Augsburg mit Andreas Jäckel, MdB.

Kundgebung von Deutsch-Ukrainischer Dialog und Ukrainischer Verein Augsburg in Augsburg

Thema war der Status der Ukraine als EU-Beitrittskandidatin.

Meine Haltung ist klar: Die Ukraine gehört zu Europa. Sie verteidigt gerade auch europäische Werte. Sie braucht jetzt den Status als Beitrittskandidat. Damit ist noch kein Beitritt verbunden. Aber es eröffnet Perspektive. Klar ist aber auch, die Ukraine muss ungeteilt Mitglied werden können.
Dazu muss sie diesen Krieg gewinnen. Weitere Waffenlieferungen sind dazu notwendig.

Danke an die Vereine für die Organisation und die Übersetzung.

Mitgestalten statt nur Protest!

Was für eine symbolische und konkrete Geste!
**Oberbürgermeisterin Eva Weber überreicht nicht nur persönlich den Zukunftspreis der Stadt an das Augsburger Klimacamp.
Sie lädt die Aktivisten auch noch ein, aktiv mitzugestalten an unserem BLUE CITY Programm.**

Klimaschutz auf den drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales, nur so kommen wir vom Fordern ins Machen. Wir sind gespannt, ob das Klimacamp der Einladung nachkommt oder weiter theoretisch bleibt.

Die CSU Augsburg wäre dafür, den „Wackelkontakt mit der Wirklichkeit" schnellstmöglich zu reparieren.
Wir wollen die klimafreundlichste Metropole Bayerns werden!
Gehen wir an die Arbeit!

FRÜHLINGSEMPFANG DER CSU-STADTRATSFRAKTION

Frühlingsempfang der CSU-Stadtratsfraktion mit Markus Söder in einem vollen oberen Flez. Die CSU ist die starke und gestaltende politische Kraft in Augsburg.
Wir haben eine tolle Oberbürgermeisterin Eva Weber und eine großartige Stadtratsfraktion mit Leo Dietz an der Spitze.

CDA- BUNDESTAGUNG IN HILDESHEIM

Kluge und weitsichtige Sozialpolitik

Bei Freundinnen und Freunden der CDA-Bund in Hildesheim.
Als Landesvorsitzender der Schwestervereinigung CSA Arbeitnehmer Union ist mir die gute Zusammenarbeit ein echtes Herzensanliegen, denn:
die Menschen brauchen mehr denn je die kluge und weitsichtige Sozialpolitik, die CDA und CSA in der Union verkörpern. Sie ist wichtig für die Stabilität in der Gesellschaft.
Soziale Empathie muss unser Markenkern sein. Kein Marketing.

PYRAMID 2022 - FIRMENKONTAKTMESSE

Eröffnung der Firmenkontaktmesse Pyramid in Augsburg

Unterwegs mit Andreas Jäckel, MdB und den beiden Organisatorinnen Svenja Schnell und Eva Kornmann.
So viele Unternehmen wie noch nie haben sich beteiligt. Das zeigt, eine starke Wirtschaft vor Ort und bestes studentisches Engagement.

27. Juli 2022 –
17.00 - 19.00 Uhr

VOLKER ULLRICH

Bürger-sprechstunde

Fragen, Anregungen oder Kritik? Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen.

Die Bürgersprechstunde findet in Präsenz oder telefonisch statt. Anmeldung bitte unter: 0821 5047 9440 oder volker.ullrich.wk@bundestag.de

SCHON GEWUSST?

Letztes Jahr wurde der Kündigungsbutton auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeführt. Ab 01. Juli 2022 ist er verpflichtend. Das ist ein riesiger Schritt für mehr Verbraucherschutz. Konkret heißt das für uns alle: Wenn Sie auf einer Webseite einen kostenpflichtigen Vertrag mit Laufzeit abschließen können, muss dieser darüber auch online wieder kündbar sein. Mit einem Klick. Vom Zeitschriften-Abo über Fitnessstudio-Mitgliedschaften bis zu Mobilfunkverträgen.

Herzlichen Glückwunsch an die Juristische Fakultät der Universität Augsburg zu ihrem 50.Geburtstag. An dieser Fakultät habe ich studiert und promoviert und bin ihr natürlich bis heute sehr eng verbunden! Ad multos annos!

AUF EIN WORT

DER TANKRABATT MUSS ZU SINKENDEN PREISEN & ECHTEN ENTLASTUNGEN FÜHREN

Die Preise für Benzin klettern momentan höher als die für Rohöl. Unter anderem im Kartellrecht muss sichergestellt werden, dass der Tankrabatt nicht die Wirkung verfehlt. Die Preise an den Zapfsäulen dürfen nicht dauerhaft hoch bleiben.

Die beabsichtigen Entlastungen durch den Tankrabatt müssen bei den Verbrauchern ankommen - bei jenen Menschen, die für den Weg zur Arbeit oder zum Gütertransport auf gefüllte Tanks angewiesen sind. Verbraucher müssen auf das Versprechen der Bundesregierung vertrauen können, dass sie entlastet werden.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame und gesunde Ferien- und Urlaubszeit und freue mich, Sie nach der Sommerpause wieder begrüßen zu dürfen.

Ihr Volker Ullrich, MdB